

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl / Politischer Privatbrief – No. 3

1. 2. 2012

analyse und kommentar zu niedersachsen + ‚pille danach‘ = schwindel und fragen + elmar brok über david cameron + eu-kommission als erdgas-pythia + 2. bericht zur italien-wahl + wahl-prognosen für polen, unsicherheiten + israel-fakten und fragen an minister chuck hagel + merkel u. hollande nach warschau + cgt will fessenheim retten + nasa mit neuer klima-forschung + 40% grüne journalisten

Mehrheit gegen den Klimaschutzwahn der EU-Kommission

Unsere Europaabgeordneten lehnen Eingriff in den Emissionshandel ab. Und sie fordern eine rasche Grundsatzdebatte über den künftigen „Brüsseler“ Kurs

Der Industrierausschuss des Europaparlaments hat sich gegen die Fortführung der derzeitigen Energie- und Klimapolitik der EU ausgesprochen. Die Abgeordneten sind dagegen, gleichzeitig **drei** verpflichtende europäische Ziele – 1. Emissionsreduzierung, 2. Ausbau so genannter „erneuerbarer“ Energien und 3. „Energieeffizienz“ bis 2030 zu fördern.



Herbert Reul (r) Vorgänger Werner Langen (l)

Herbert Reul MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe der EVP im Europaparlament: "Das ist eine **schallende Ohrfeige für den Klimaschutz-Wahn der EU-Kommission**. Es ist an der Zeit, konkret an einer realistischeren Energiepolitik zu arbeiten. Es ist jetzt der Durchbruch bei der Frage, ob die derzeitigen Klima- und Energieziele **ohne Diskussion** weitergeführt werden sollen.

Wir brauchen längst eine Grundsatzdebatte über die Weiterführung der Energie- und Klimapolitik nach 2020. Über Nacht höhere verpflichtende Ziele für die Mitgliedstaaten zu beschließen, ist Unsinn. Die Wechselwirkungen zwischen Emissionshandel und dem erfolgreichen Ausbau der „erneuerbaren“ Energien haben doch gezeigt, dass die derzeitige 20/20/20-Zielsetzung höchst problematisch ist. Wir sollten die beiden kommenden Jahre nutzen, uns intensiv Gedanken zu machen, wie man nach 2020 weitermacht."

Der niedrige Preis der EU-Emissionshandelszertifikate war der Gegenstand eines weiteren Votums im Industrierausschuss. Mit großer Einigkeit lehnten die Abgeordneten den Kommissionsvorschlag ab, **die Behörde selbst zu ermächtigen**, kurzfristig Zertifikate aus dem Markt zu nehmen, um den Preis künstlich in die Höhe zu treiben. "Das ist eine krachende Niederlage für die Kommission. Solch eine Einigkeit auf Seiten der Völkervertretung habe ich selten erlebt. Wir haben deutlich gemacht, dass Europa die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nicht egal ist", sagte Herbert Reul.



Dr. Stefan Eisel

Dr. Stephan Eisel: Der Warnschuss aus Hannover

(geringfügig gekürzt)

Kopf an Kopf? 2009 hatte die schwarz-gelbe Koalition vor dem linken Lager lediglich einen Vorsprung von 2,4 Prozent vor dem linken Lager. Die Bundestagswahl 2013 wird wieder ein Kopf-an-Kopf-Rennen bringen. Dabei gibt die Niedersachsen-Wahl wichtige Hinweise, denn sie hat als wichtige Landtagswahl vor der Bundestagswahl eine besonders nachhaltige Wirkung.

Es ist Mode geworden, Umfragezahlen für tatsächliche Wahlergebnisse zu halten, obwohl die Wähler dies regelmäßig widerlegen...Niedersachsen hat wieder gezeigt: Man kann Wahlen gegenüber Umfragedaten gewinnen, tatsächlich aber verlieren. Im Vergleich zur Landtagswahl 2008 heißen die Verlierer CDU (-6,5),

und Linke (-4,0) und die Gewinner Grüne (+5,7), SPD (2,3) und FDP (+1,7). Ernsthafte Wahlanalysen legen einen solchen Vergleich zugrunde.

Trotz des hohen Beliebtheitsgrades von Ministerpräsident **David McAllister** hat der Oppositionsführer die Wahl gewonnen. Überheblichkeit der Union angesichts der hohen Beliebtheit von **Angela Merkel** und des Fehlstarts von SPD-Kanzlerkandidat **Peer Steinbrück** ist völlig fehl am Platz. Nicht wenige Wähler schätzen die Bundeskanzlerin, wählen aber **trotzdem SPD und Grüne**. Die meisten Wähler treffen mit ihrer Stimme eine politische Grundsatzentscheidung: Personen können einen Unterschied machen, aber selten den Trend umkehren.

Für die CDU reicht es nicht aus, für jedes Problem eine handwerklich solide Lösung vorzuschlagen. Seriöses Krisenmanagement ist unverzichtbar, wird aber gerade von der Union als selbstverständlich erwartet. **Sie muss mehr bieten:** Die Menschen wollen gerade von einer "C"-Partei wissen, warum **welches Werteverständnis** ihr politisches Handeln trägt. Sie wollen wissen, wie es nach der Krise weitergeht und welche Zukunftskonzepte die Union hat.

In Niedersachsen hat die FDP nach NRW und Schleswig-Holstein zum dritten Mal einen Wahlerfolg durch die **ständige Berichterstattung über ihren Untergang** erzielt. Damit wird eine Strategie wiederbelebt, die schon **Hans-Dietrich Genscher** zu Perfektion entwickelt hatte: Der vermeintliche Kampf mit der 5-Prozent-Hürde hat immer wieder so viele Wähler der jeweiligen Koalitionspartner für die FDP mobilisiert, dass diese Hürde sicher genommen werden konnte. Die FDP wird auch bei der Bundestagswahl 2013 auf diese bewährte Strategie setzen.

Es führt in eine Sackgasse, die Schwäche der FDP auf Kosten der Stärke der CDU überwinden zu wollen: Die CDU hat in Niedersachsen bei den Zweitstimmen 6,5 Prozent verloren, die FDP nur 1,7 Prozent gewonnen. Selbst bei den Erststimmen, wo die FDP 2,3 Prozent verlor, gab es Verluste der CDU (- 1,7 Prozent). Erneut zeigte sich: Weder erreicht die FDP alle Wähler, die sich von der Union abwenden, noch landen enttäuschte FDP-Wähler automatisch bei der Union.

Es ist über viele Jahrzehnte allgemeine Erfahrung, dass Koalitionen auf Bundesebene bei Landtagswahlen eher verlieren. Die Wähler setzen auf **Machtbalance** und wollen in den Ländern auch ein Gegengewicht zum Bund. Daraus kann aber auch die Vorbereitung eines Machtwechsels entstehen: Zum Ende der Regierung **Helmut Kohl** 1998 stellten CDU und CSU nur noch sechs von 16 Regierungschefs in den Ländern, zum Ende der Regierungszeit von **Gerhard Schröder** 2005 waren es elf und **zur Bundestagswahl 2013 sind es wieder nur sechs**. Die Union stellt heute auch nur noch rund ein Drittel aller Landtagsabgeordneten in Deutschland. So wenige waren es noch nie.

Wahlbeteiligungen sinken nicht generell. Immer wieder wird fälschlicherweise unterstellt, es gebe einen anhaltenden Trend zurückgehender Wahlbeteiligungen. In Niedersachsen ist die Wahlbeteiligung um 2,3 Prozent gestiegen. Tatsächlich sind nämlich **Schwankungen in der Wahlbeteiligung** zu beobachten. Das zeigen die Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2009: Zuwächsen der Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg (+12,8), Sachsen-Anhalt (+6,8), Rheinland-Pfalz (+3,6), Niedersachsen (+2,3) und Berlin (+2,2) stehen Rückgänge in Schleswig-Holstein (-13,5), Mecklenburg-Vorpommern (-7,4), dem Saarland (-6), Hamburg (-5,2), Nordrhein-Westfalen (-3,7) und Bremen (-3) gegenüber. Auch die bei der Bundestagswahl 2009 mit 70,8 Prozent außergewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung wird angesichts des erwarteten knappen Wahlausgangs mit hoher Wahrscheinlichkeit steigen.

Wer eigene Stellungnahmen zu kontroversen Themen vermeidet, um potentiellen Wähler des politischen Gegners **nicht** zu mobilisieren, geht ein **großes Risiko** ein: Er verzichtet auch darauf, den eigenen Anhängern durch ein deutliches Profil zu signalisieren, dass es wichtig ist, zur Wahl zu gehen. Bei der Bundestagswahl 2009 hat dies vordergründig zu einem Sieg der schwarz-gelben Koalition geführt. Aber bei einem Absinken der Wahlbeteiligung um fast sieben Prozent hatte nicht nur die SPD massive Einbrüche, sondern **auch die Union zwei Millionen Wähler weniger. In Niedersachsen hat die CDU trotz gesunkener Wahlbeteiligung fast 200.000 Stimmen verloren.**

Die in Niedersachsen besonders linksextrem ausgerichtete Linke verlor über die Hälfte ihrer Stimmen. Nach Bayern, NRW, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hat sie damit mit nur 3,1 Prozent im sechsten westdeutschen Flächenland den Einzug ins Parlament verpasst. Auch die NPD hat die Hälfte ihrer Stimmen verloren und ist mit 0,8 Prozent in der Bedeutungslosigkeit versunken.

„Pille danach?“ ; dann Wochen voller Schwindel und Rätsel

Ein paar simple Fragen nach Bert-Brecht-Art in dessen Versen über den „lesenden Arbeiter“

Eine Frau wurde angeblich vergewaltigt. Wo, wann? Warum weiß die Kölner Polizei darauf keine Antworten? Man versteht, dass die Frau anonym bleibt. Weiß der contra Kirche privilegierte „Kölner Stadtanzeiger“ wenigstens vertraulich, was sich abspielte?

Warum brauchte die Notärztin, die das mutmaßliche Opfer behandelte, einen vollen Monat bis zu ihrem erregten Schritt in die Medien? Was tat sie zwischen Notversorgung im Dezember und WDR-Interviews im Verlauf Januar? Gab es ein organisiertes Programm für die Medien-Information? Wer wirkte im WDR mit, wer im NRW-Landtag? Wer im Gesundheitsministerium?

Die Notärztin schrieb **sofort**, so sagte sie öffentlich, ein Rezept für die „Pille danach“ aus. Warum ging Frau X nicht zur diensthabenden Apotheke und kaufte die Pille sofort? Half ihr denn nicht die ausdrücklich „liberale“ Ärztin?

Die Ärztin, nicht Frau X, rief das katholische Krankenhaus „1“ an und erfuhr die bekannte Ablehnung. Warum rief sie danach noch das Krankenhaus „2“ an, obschon es dem gleichen Orden wie „1“ gehört? Nur um zu testen? Stimmt es, dass nichtkatholische Krankenhäuser räumlich näher als „1“ und „2“ lagen, mithin rascher zu erreichen?

Ist es in Köln echt glaubhaft, dass Ärzte nicht wissen, wie die kath. Kirche Abtreibungen und „Pille danach“ einordnet? Wissen diese Akademiker und Akademikerinnen nicht gerade aus dem „Kölner Stadtanzeiger“, dass Kardinal Meisner im Zweifel strenger handelt als alle an das Erzbistum grenzenden anderen Bischöfe?

Nochmal zur Riesen-Erregungspause von Mitte Dez. bis Mitte Jan.: Wann wurde welches Medium informiert? Wie kam die Pause bis zur Erregung der Öffentlichkeit zustande? Wer wollte sie ?

Wie ist es zu erklären, dass vom ersten Erregungstag an z.B. im WDR-Hörfunk „angeregt“ wurde, das Land NRW solle katholische Krankenhäuser aus der Förderung streichen? Wozu man ein Gesetz brauchen würde? Was nicht gesagt wurde.

Es folgen wenige Auszüge aus einem Kommentar von Dr. Andreas Püttmann in gleicher Sache:

Die Abweisung einer mutmaßlich vergewaltigten Frau durch zwei katholische Krankenhäuser in Köln ist skandalös und beschämend. Die Verantwortlichen haben sich entschuldigt, und Kardinal Meisner hat in seiner Erklärung vom 22. Januar das Wesentliche und Notwendige dazu wie auch grundsätzlich zum kirchlichen Umgang mit Vergewaltigungsopfern, angemessen gesagt.

Auf einem ganz anderen Blatt stehen die Reaktionen im Blätterwald, in Sendern und sozialen Netzwerken. ... Man kann erschrecken über das Ausmaß des Ressentiments... Geradezu hass-erfüllt, vor allem aber dumm und ungebildet sind die Deutungsmuster vieler online-Kommentare und medialer Kurzzeitexperten zum Thema „Kirche und Sex“. Eine Kölner Zeitung widmete eine ganze Seite der „Aufklärung“ ihrer Leser darüber, was katholisch erlaubt und verboten sei, wobei Halbwahrheiten und **glatte Falschmeldungen** verbreitet wurden wie etwa die Behauptung, der Geschlechtsverkehr diene aus katholischer Sicht nur zur Familiengründung, und Homosexuelle seien nicht zum „Abendmahl“ zugelassen.

Im „Kölner Stadtanzeiger“ ließ **Joachim Frank** einen polemischen Rundumschlag gegen „selbst ernannte ‚Lebensschützer‘“, „zölibatäre Priesterkaste“ und „Abgründe des katholisch-klerikalen Komplexes“ los, gegen „Abgebrühtheit, Lebensferne und Weltfremdheit“ und eine „verräterische“ Rede von „Heilbehandlung“, auf die sich ein katholisches Krankenhaus zu beschränken habe. Dass die Kirche die „kriminologische Indikation“ moralisch nicht einfach absegnen kann, weil sie auch einem derart gezeugten, unschuldigen Menschen Würde und Rechte zuerkennt, bedeutet für ihn einfach, „die Not der Frau zu übergehen“ und die Folgen für das Leben von Mutter, Kind und Familie „auszublenden“ – eine reine Unterstellung, denn man kann das dramatische Dilemma sehr wohl sehen und tief empfinden, aber dennoch zu einer anderen moralischen Abwägung als jener kommen, die dem Kommentator offenbar selbstverständlich erscheint.

P.S. Ich hätte die „Pille danach“ gegeben. Denn bei ihr ist die Debatte anders als bei Abtreibung in der Kirche nicht beendet. Dass Kardinal Meisner so oft anders als die Gläubigen denkt, kommentiere ich jut rheinisch: Et is wie et is. Na jut.

EMPFEHLUNG: www.cdu-geschichte.de

Eine wahre Schatztruhe voller Quellen jeder Art von der Bundespartei bis zu allen Kreisverbänden, Dokumente, Porträts, Stichworteinträge

WERKSTATT EUROPA

Elmar Brok MdEP: „Camerons Vorschläge sind inakzeptabel“

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments meint: „Jeder EU-Mitgliedstaat profitiert vom Binnenmarkt, muss aber gleichzeitig die dazu gehörenden Lasten tragen, zum Beispiel Umwelt- und Wettbewerbsstandards. Großbritannien sollen dabei keine Extra-Behandlungen zugestanden werden. Wenn Cameron mehr Wettbewerb fordert, muss klar gesagt werden, dass London in den letzten zwei Jahren die europapolitische Handlungsfähigkeit blockiert habe. Im Übrigen sagte Brok, was in manchen Hauptstädten (auch in Berlin) gern vergessen wird: Es ist bei Vertragsänderungen auch noch weiter Einstimmigkeit erforderlich. Dazu muss auch noch eine qualifizierte Mehrheit des Europäischen Parlaments kommen.“



Zum-Teil-Europäer Cameron

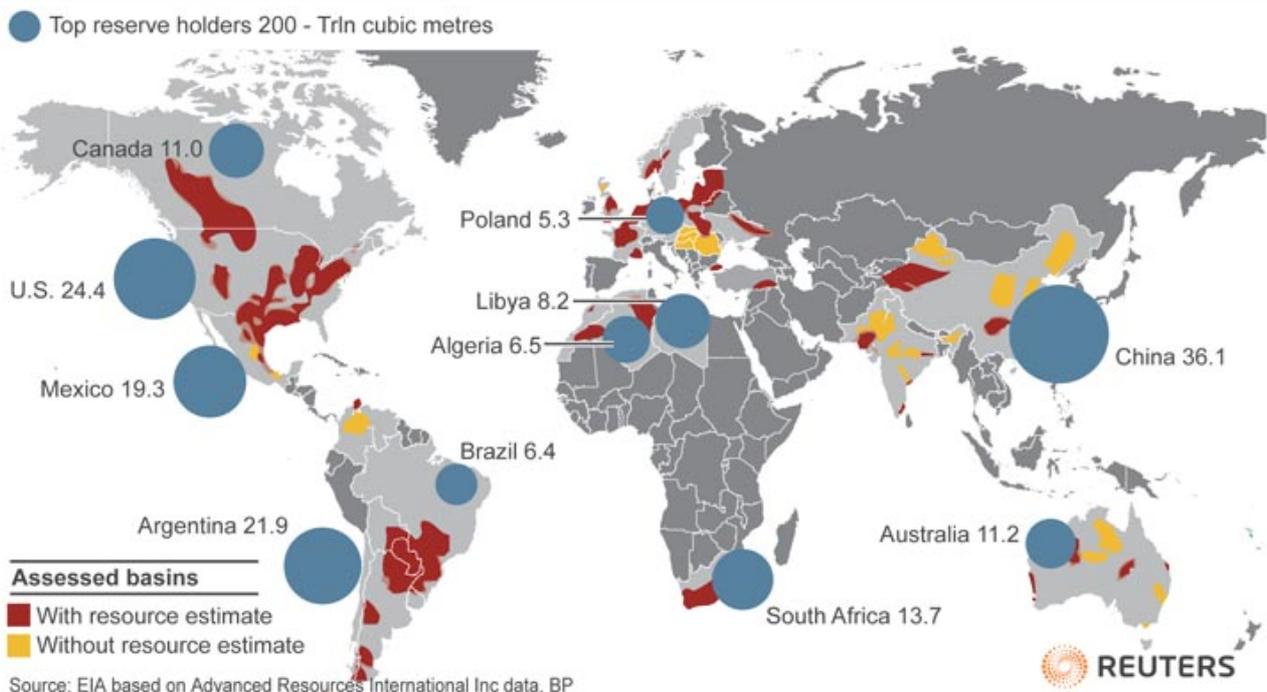
Zur Sache noch dies: Nach der Cameron-Rede haben fast alle rechtsextremen Parteien Europas dem Konservativen Vorturner heftig zugestimmt, z.B. die FPÖ in Wien, die französische Front National und die Neofaschisten in Griechenland, Ungarn und Belgien. Wird er nicht wollen und in der EU bleiben. Doch nicht im Geiste Adenauers und Schumans.

EU-Kommission konsultiert Öffentlichkeit zur Schiefergas-Förderung

Die Diffamierung des Schiefergas-Sektors in den Medien hat inzwischen begonnen.

Die Europäische Kommission führt eine öffentliche (? - **tatsächlich fast nur über Internet!**) Konsultation über die künftige Erschließung unkonventioneller fossiler Energieträger wie Schiefergas in Europa durch. Alle interessierten Personen, Organisationen und öffent-

Global shale gas basins, top reserve holders



lichen Behörden können sich zu den Chancen und Risiken, die mit der Entwicklung solcher Projekte verbunden sein können, und den besten Lösungswegen für bereits erkannte

Probleme äußern. Die Konsultation läuft bis zum 20. März 2013 und ist in allen 23 EU-Amtssprachen verfügbar. (**warum studiert die Kommission nicht die schon jahrelange Shale-Gas-Förderung der USA, welche Weltrekordhöhe erreicht?**)

Die Europäische Kommission will sicherstellen, dass bei jeder weiteren Erschließung von unkonventionellen fossilen Energieträgern angemessene Maßnahmen zum Schutz von Gesundheit, Klima und Umwelt getroffen werden und für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für die Betreiber größtmögliche rechtliche Klarheit und Vorhersehbarkeit besteht. (**Brüsseler Gängelung droht !**) Damit kann auch gewährleistet werden, dass die potenziellen wirtschaftlichen Vorteile und der Zugewinn an Energieversorgungssicherheit auf sichere Art und Weise ohne Gefahr für die Gesundheit des Menschen und die Umwelt erzielt werden. Die Fragen der Konsultation umfassen Themen wie allgemeine Chancen und Herausforderungen, mögliche Maßnahmen zur Senkung der Gesundheits- und Umweltrisiken, Maßnahmen zur Steigerung der Transparenz der Verfahren und allgemeine Empfehlungen für Maßnahmen auf EU-Ebene. (**Eingriffe in die Wirtschaft??**)

Nächste Schritte: Auf der Grundlage der seit Ende 2011 durchgeführten Analysen wird die Europäische Kommission 2013 einen Rahmen für Risikomanagement vorschlagen, Regelungslücken (?) beseitigen und für die Marktteilnehmer und Bürger in der gesamten EU größtmögliche Rechtsklarheit und Vorhersehbarkeit schaffen

Diese Konsultation per Internet (!! - keine Hearings?) ist Teil eines allgemeineren Prozesses, mit dem die Zivilgesellschaft in die laufenden Arbeiten der Kommission einbezogen werden soll. Das förmliche Konsultationsverfahren umfasst regelmäßige Zusammenkünfte mit den Mitgliedstaaten und anderen Interessenvertretern; für das erste Halbjahr 2013 ist außerdem **eine** öffentliche Konsultationssitzung (**wessen ??**) geplant.

(Im deutschen Fernsehen liefen div. „Dokumentationen“ über die „Gefährlichkeit“ von Fracking, mit dem Erdgas technisch förderfähig gemacht wird. Ferner ein Film, der die US-Erdgasförderung diffamiert)

Thomas Jansen aus Triest: Der **ContraSalon**-Bericht über die erste Phase des italienischen Wahlkampfes war zutreffend. Aber die Dinge ändern sich hier schnell. Inzwischen haben sich die Kräfte sortiert. **Berlusconi**, der zeitweise nichts unterließ, um die von ihm geschaffene und geführte Partei (**leider** eine Mitgliedspartei der EVP, in der diese Partei nichts verloren hat, wie sich jetzt immer deutlicher zeigt!) zu zerstören, um für den bevorstehenden Wahlkampf eine **neue Partei unter dem alten Namen Forza Italia** zu gründen, hat das Ruder wieder ergriffen und macht mit dem Engagement und dem Furor, zu dem er fähig ist, Wahlkampf. Nicht ohne Erfolg. Aber es wird nicht reichen.

Die PDL (mit Alliierten) kommt jetzt auf ca. 27,5% - gegen 33,5 % für die PD (mit der Linkspartei), 16 % für Movimento 5Stelle (Grillo), 14,8 % Monti (mit Casini und Fini). Es sind bis heute 18 Parteien angetreten!

PD wird wahrscheinlich die stärkste Kraft werden und damit in der Kammer aufgrund der Prämie, die dem relativen Wahlsieger zusteht, auf 55 % die Mandate kommen. Aber für den Senat gelten andere Regeln. Die Senatoren werden in den Regionen gewählt. Hier wird es für den PD wahrscheinlich nicht zur Mehrheit reichen, die für die Handlungsfähigkeit der Regierung ebenso wichtig ist wie die Mehrheit in der Kammer. Die Gruppierung um Monti könnte zur Not einspringen. // **Der Wahlkampf** findet übrigens fast ausschließlich im Fernsehen statt, was Berlusconi entgegen kommt.

Polen und Straßburg. Ein Warschauer Umfrage-Team testete schon mal, was im Europa-Wahljahr 2014 passieren könnte. In einer gedachten Aufstellung unter der Schirmherrschaft des sozialdemokratischen Ex-Staatspräsidenten **Aleksander Kwasniewski** würden die Parteien so abschneiden: PO 30%, PiS 26%, **Kwasniewski 25%**, PSL 7%, Nowa Prawica 3%, Solidarisches Polen 2%. Ohne Kwasniewski ginge es so aus: PO 31%, PiS 26%, SLD 16%. Das Experiment zeigt nach Ansicht des Umfrageteams, dass vor allem junge Wähler von der PO enttäuscht sind und sich nach neuen Kandidaten umsehen.

ISRAEL - FAKTEN

ULRICH W. SAHM: Israelische Eliteeinheit stürmt arabisches Dorf – wegen einer Flut

Das arabische Dorf Baka el Rarbieh (Bakah-West) wurde von der Eliteeinheit 669 der israelischen Luftwaffe gestürmt. Die Familie **Abed Ali** saß kürzlich wegen der Überschwemmungen auf dem Dach ihres Hauses fest, als sie auf die Idee kam, die israelische Luftwaffe um Hilfe zu rufen. Eine Stunde lang schwebte ein CH-53 Jasur Helikopter über dem Haus, bis die gesamte 15-köpfige Familie sicher in den Bauch der schweren Maschine aufgenommen war. Elitesoldaten filmten die Aktion mit Kameras an ihren Helmen.

Ganem Abed Ali, einer der Geretteten, erzählte: „Erst ließen sich die Kämpfer an Seilen zu uns herab, und redeten mit uns, um uns zu beruhigen. Dann wurden wir einer nach dem anderen, zum Hubschrauber hochgehievt.“ Die Familie wurde schließlich nach Petach Tikva zum Beilinson-Hospital geflogen, um ärztlich versorgt zu werden. „Gott sei Dank, dass die Luftwaffe uns gerettet hat“, sagte Abed Ali. „Ganz Baka applaudiert.“ Baka-West liegt an der Grenze zum Westjordanland nördlich von Natanja und Kalkilja. Infolge des von den Araberstaaten verursachten israelischen Unabhängigkeitskrieges von 1948 wurde das Dorf geteilt. Baka el Scharkieh (Baka-Ost) fiel unter jordanische Herrschaft. Nachdem Israel 1967 das jordanische Westjordanland erobert hatte, verschwand die Grenze. Baka konnte wieder zusammenwachsen. Weil dessen Bewohner enge Kontakte zur israelischen wie zur palästinensischen Seite hatten, blühte es auf. Das ging gut bis 2003, als Israel wegen palästinensischen Terrors einen Sperrwall errichtete. Aus Rücksicht auf die engen Bande der Familien in Baka wurde Baka-Ost mit dem Zaun auf die israelische Seite gezogen, um das Dorf nicht wieder zu spalten.

Der Fall kam vor die UNO und die internationale Gemeinschaft erhob lauten Protest gegen diese „illegale Annexion arabischen Territoriums durch Israel“. Trotz heftigen Einspruchs arabisch-israelischer Abgeordneter beugte sich der Hardliner Scharon dem internationalen Druck. Er befahl, den Zaun um Baka-Ost wieder abzureißen und mitten durch das Dorf eine Mauer zu errichten. Dabei wurden die Fenster von Häusern auf der Grenzlinie zugemauert, ähnlich wie entlang der Bernauer Straße in Berlin. Wegen dieser von der internationalen Gemeinschaft geforderten Teilung des Dorfes wurden Hochzeiten abgesagt. Fabriken in Baka-Ost machten pleite, weil sie ihren Markt in Israel verloren hatten.

Chuck Hagel: Treffen mit jüdischen politischen Persönlichkeiten

Wie erst jetzt bekannt geworden ist, haben der designierte US-Verteidigungsminister **Chuck Hagel** und der wieder ernannte Vizepräsident **Joe Biden** bereits am 18. Januar in Washington ein Treffen mit führenden Persönlichkeiten des organisierten amerikanischen Judentums gehabt. In einer kurzen Mitteilung nach der Sitzung spricht die Präsidentenkonferenz der wichtigsten jüdischen Organisationen der USA von einer «wichtigen Gelegenheit für eine seriöse und gründliche Diskussion von Schlüsselthemen, die für uns alle wichtig sind».

Neben Vertretern der Präsidentenkonferenz nahmen auch Repräsentanten der Anti-Diffamierungsliga (ADL), des American Jewish Committee und der Israel-Lobby AIPAC an dem Treffen teil. Zuvor hatte Hagel in Gesprächen mit jüdischen Demokraten versucht, das Misstrauen zu zerstreuen, das in jüdischen Kreisen bis nach Israel etwa hinsichtlich der zögernden Haltung des neuen US-Verteidigungsministers in der Iran-Frage geherrscht hatte.

Das Misstrauen ist jetzt am Abbröckeln. Aus der Umgebung Hagels verlautete nach dem Gespräch, dass der designierte Verteidigungsminister zugesagt habe, die Aufrechterhaltung des Qualitätsvorsprungs des israelischen Militärs zu garantieren.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

Visegrad-Gipfel in Warschau: Angela Merkel und Präsident **François Hollande** kommen nach Polen. In Warschau kündigte Premier **Donald Tusk** für den 6. März einen Gipfel der Visegrad-Gruppe an, dazu habe er auch Berlin und Paris eingeladen. Wie Hollande strebe auch Polen ein möglichst großes EU-Budget an. Parallel wurde bekannt, dass Polen eng mit den Ingenieuren der US-Schiefergasförderung zusammenarbeiten wird. In Sachen Kernkraft wollen die Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn kooperieren.

Elmar Theveßen: Steigende Terror-Gefahren in Deutschland

Der stv. Chefredakteur des ZDF und bekannte Terrorismus-Experte sprach auf einer Tagung des traditionellen „Krone-Kreises“ in Schloss Eichholz bei Bonn (Adenauer-Stiftung) über die Bedrohungslage. Einige Schwerpunkte:

Offene oder leicht passierbare Grenzen für deutsche Muslim-Konvertiten. Sie buchen z.B. einen Ägypten-Urlaub und reisen nach Ankunft im Hotel rasch in den Sinai, wo sie zu Terroristen ausgebildet werden. Ebenso unbehindert können fast alle zurückreisen und werden kaum entdeckt.

Verteilen des Koran durch Salafisten in bisher etwa einem Dutzend Städten, z.T. nach positiven Gerichtsurteilen, wenn das Verteilen verboten wurde. Harmlos? Von wegen, in den deutschen Koran-Ausgaben finden sich ebenso wie in anderssprachigen Ausgaben „Kommentare“. Sie sagen z.B., dass bei „Unterdrückung“ des Glaubens Gewaltanwendung und Mord geboten sei. Sogar wenn das Gastland nur Kopftücher verbietet oder Schülerinnen zum Schwimmenlernen „zwingt“. Es stimme, so Theveßen, dass solche „Mord-Genehmigungen“ nicht im „eentlichen“ Koran vorkämen. Folglich sei das Verteilen nie ganz harmlos.

Befragt, was er von einem NPD-Verbot halte, sagte Theveßen, er sei dagegen. Schon heute baue der gerichtsbekannt (saß 5 Jahre im Knast) **Christian Worch** (56) eine Ersatz-NPD unter dem Parteinamen „**Die Rechte**“, benutze gezielt eine der Linkspartei ähnliche Sprache „von rechts“ und wolle „auch so viele Konservative wie möglich“ erfassen. Sagt auch, seine Kader stünden „zwischen Republikanern und NPD.“ Von der heutigen NPD halte Worch „gar nichts“. Sie sei schon kaputt, wie ihre 1% in Niedersachsen gezeigt habe. *(ContraSalon wird auf neue Rechte eingehen)*

Schindlers Liste: Leon Leyson, 83, starb in Kalifornien. Der Letzte von „Schindlers Liste“. In Whittier in Südkalifornien hatte er gelebt. Leyson war der jüngste der 1100 Juden, die der Industrielle Oskar Schindler vor dem Zugriff der Nazis gerettet hatte. Als die Wehrmacht 1939 nach Polen eindrang, war Leyson noch keine zehn Jahre alt. Sechs Monate später wurde seine Familie ins Ghetto von Krakow geschickt. Leyson verlor zwei Brüder im Holocaust. Die Rettung kam, als Schindler den damals 13jährigen auf die Liste der Leute nahm, deren Arbeit in seinem Betrieb er als „kriegsnotwendig deklarierte“. Er damals so klein, dass er auf einer Kiste stehen musste, um Maschinen bedienen zu können. Schindler setzte auch Leysons Mutter und überlebende Geschwister auf seine Liste. Leyson emigrierte 1949 in die USA, wo er 39 Jahre lang an einer Schule unterrichtete.

ENERGIEUMWELTKLIMASOGENANNT ERENEUERBAREUMWELTENR

Eon-Chef Teysen warnte auf der **HANDELSBLATT-Energietagung** in Berlin vor wachsender Black-Out-Gefahr: "Die Lage ist dramatisch". Er warnt, „da sich Gaskraftwerke nicht mehr lohnen, obwohl sie für die Energiewende äußerst wichtig sind.“ Der Manager

plädierte für ein neues Entlohnungsmodell: „Die Politik muss klar sehen, was sich hier an Versorgungsrisiken zusammenbraut.“ Gegen den gesetzlichen Vorrang der „erneuerbaren“ Energien könnten sich konventionelle Kraftwerke nicht mehr behaupten, das gelte besonders für Gaskraftwerke. Diese sind jedoch notwendig, um die bekannten Schwankungen von Wind- und Sonnenstrom auszugleichen.

Tschechien: Das Tschechische Energieunternehmen CEZ stellte bei der nuklearen Aufsichtsbehörde nach einer Vorbereitungszeit von fünf Jahren den Bauantrag für die KKW Temelin 3 und Temelin 4. Ein Sicherheitsbericht von 830 Seiten wurde von tschechischen Experten ausgearbeitet. (Quelle u.a. *Tetra Energie*). Von der tschechischen Bevölkerung unterstützen 67 % die Entwicklung der Kernenergie: Umfrage des tschechischen soziologischen Dienstes STEM. Die Zustimmung zur Kernenergie ist jetzt um 17 % höher als im Frühjahr 2011 (Quelle Rosatom)

Französische Gewerkschaft CGT wird gegen Schließung des KKW Fessenheim im Elsass klagen. Die Beschäftigten protestierten gegen alle Stilllegungspläne Die Gewerkschaft CGT wird den französischen Staatsrat anrufen, das **höchste Verwaltungsgericht** des Landes. Die vom sozialistischen Präsidenten **François Hollande** angekündigte Stilllegung des Kernkraftwerks am Rhein sei eine rein "politische Entscheidung", betonte **Virginie Gensel-Imbrecht**, Vorsitzende des Verbandes Energie innerhalb der CGT. Die Beschwerde wird am 8. Februar eingereicht.

Ukraine investiert in den nächsten zwei Jahren 1 Mrd.US \$ in die Sicherheit ihrer KKW. Dabei wird die Ukraine durch die schwedische nukleare Aufsichtsbehörde SSM unterstützt. Dies wird sich auch auf das Problem Atommüll erstrecken. Schweden hat ein fertiges Endlager, in dem seit 2012 Probelagerungen stattfinden.

MEDIEN-MUT: Wahrheit über die Energiewende **Cicero Online** hat „20 Gründe, warum wir die Energiewende nicht brauchen“ (<http://www.cicero.de/dossier/energiewende-0>)

Der Fernsehsender **NTV** fragte seine Zuschauer: "Würden Sie für die Energiewende mehr zahlen?" -- 89% der Anrufer antworten mit Nein!

Alles das, was wir in Deutschland mit größten Anstrengungen, aber auch mit Wohlstandsverlusten und Naturbeeinträchtigungen in den nächsten Jahrzehnten tun werden, nämlich die Minderung von 300 Millionen bis 400 Millionen Tonnen CO₂., **macht China in zwei Monaten wieder wett.** (Quelle:3.12.2012 = =

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article111770467/Es-wird-angstgetriebene-Energie-politik-betrieben.html>

Klimawandel: Forscher rätseln über Stillstand bei der existenten Erderwärmung. Wie stark erwärmt sich unser Klima nun wirklich? **Nasa-Forscher belegen**, dass der Temperaturanstieg seit 15 (!) Jahren eine Pause macht, obwohl die CO₂-Konzentration zugenommen hat. Gleich-zeitig gibt es Indizien dafür, dass sich das Problem verlagert. Ein Bericht: „Die Umwelt könnte sich vorläufig an ganz anderer Stelle erhitzen.“

http://www.focus.de/wissen/klima/klimaprognosen/tid-28250/keine-erderwaermung-seit-16-jahren-neue-munition-fuer-klimaskeptiker_aid_867048.html

MEDIEN

Prof. Dr. Manfred Güllner, Meinungsforscher, SPD-Mitglied: „Über 40% der Beamten im höheren Dienst haben Sympathien für die Grünen“ . „Schon 2005 stellte der Kommunikationsforscher Siegfried Weischenberg fest, dass 40% der deutschen Journalisten für die grüne Bewegung sind.“ „Die Grünen haben eine steigende Zahl Helfer bei den Medien.“

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Deine / Ihre Spende deckt Kosten // Tel. 0228 – 324381 // e -mail: post@jwahl.de

Mein Konto: 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805